Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 13. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
10.00 Uhr	10.45 Uhr	Rembertiring 8-12
		28195 Bremen
	5 5	

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1 Genehmigung der Tages	sordnung
-----------------------------	----------

- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2004
- TOP 3 Verschiedenes
- TOP 4 Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben (LRS-Erlass)
- TOP 5 Beratungsschwerpunkte der 307. Plenarsitzung der Ständigen Kon- Vorlage L 62 ferenz der Kultusminister und –senatoren in der Bundesrepublik
- Deutschland am 14./15. Oktober in Mettlach

 TOP 6

 Bericht zur finanziellen und inhaltlichen Beteiligung am "Institut zur Vorlage L 63

 Qualitätsentwicklung im Bildungswesen wissenschaftliche Einrich-

tung der Länder an der Humbold – Universität zu Berlin" im Rahmen der Berichterstattung zur Qualitätsentwicklung

TOP 7 Produktbereichscontrolling 2004 Vorlage L 64 / G 75 Produktplan Bildung, Stand 30. 09. 2004

<u>Frau Stahmann</u> eröffnet die Sitzung und entschuldigt die Abwesenheit von Senator Lemke. <u>Frau Stahmann</u> begrüßt <u>Frau Karin Schnakenberg</u> als neues Mitglied der Deputation für Bildung staatlich und städtisch.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 30. September 2004

Das Protokoll vom 30. September 2004 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Frage von <u>Frau Böschen</u> nach einer **Synopse zur Umsetzung der Lernfelder in der Berufsschule** wurde versandt.

- 2. Eine Mitteilung, dass die **Sitzungen der Deputation für Bildung** am 8. September 2005 und am 6. Oktober 2005 von 10.00 Uhr auf 15.30 Uhr verlegt werden, wurde versandt. Die Mitglieder der Deputation für Bildung stimmen der Terminverschiebung zu.
- 3. Der von <u>Frau Böschen</u> erbetene Sachstandsbericht zur **Ausbildungssituation im Land Bremen** wurde versandt.
- 4. Der von <u>Frau Allers</u> erbetene Sachstandsbericht zur **Vereinheitlichung der Ausgangsschrift an Bremer Grundschulen** wurde versandt.
- 5. Die Mitteilung zur Verordnung zur Änderung der Zeugnis-, Versetzungs-, Übergangs- und Überführungsverordnung wurde verteilt. Frau Stahmann bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass die Zeugnis- und Versetzungsordnung nicht noch einmal öffentlich diskutiert werde. Staatsrat Köttgen erwidert, dass die Terminlage eine Unterzeichnung erforderlich gemacht habe, da den Schulen nur so die notwendige Planungssicherheit gegeben werden konnte.
- 6. <u>Frau Allers</u> fragt, wie sich die **Besoldungskürzungen bei Beamten** auf die Privatschulfinanzierung auswirkt.
- 7. <u>Frau Schnakenberg</u> bittet, darzustellen, welche **"1-jährigen beruflichen Bildungsgänge"** zu einer Verkürzung der Schulpflicht führen.
- 8. <u>Frau Bird (ZEB Bremerhaven)</u> berichtet, dass in Bremerhaven der **Textilunterricht** in das Fach Sachkunde integriert worden sei, und aus diesem Grund kein Halbgruppenunterricht mehr stattfände. Sie fragt, wie dies in Bremen organisiert werde.
- 9. Frau Böschen bittet um einen Sachstandsbericht zum Projekt "rauchfreie Schule".
- 10. <u>Frau Böschen</u> fragt, wie die **Unterstützungsangebote zur Jahresplanung** angenommen würden. <u>Herr Henschen</u> antwortet, dass in der Stadtgemeinde Bremen 55, in Bremerhaven 14 Schulen Schulentwicklungsberater angefordert haben. Für Schulleiter sei eine zentrale Fortbildung verpflichtend; die Schulaufsicht absolviert im November ihr drittes Seminar zu der Aufgabe der Begleitung der Schulen bei der Erstellung der Jahresplanung. Er betont, dass das LIS zwei ausgezeichnete Handreichungen zur Jahresplanung und zur Fortbildungsplanung herausgebracht habe, die gut angenommen werden.
- 11. Frau Voigt (GSV) bemängelt, dass trotz der Anregungen der GSV weiterhin die Fehlzeiten im Abiturszeugnis für ein ganzes Jahr ausgewiesen würden. Darüber hinaus kritisiert sie die rückwirkende Beschlussfassung. Staatsrat Köttgen weist darauf hin, dass es sich bei den ausgewiesenen Fehlzeiten lediglich um die unentschuldigten Fehlzeiten handle.

<u>Staatsrat Köttgen</u> sagt die Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

TOP 4 Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Vorlage L 61 besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben (LRS-Erlass)

<u>Herr Rohmeyer</u> bedankt sich für die gelungene Vorlage. Der sehr guten Theorie stehe häufig allerdings eine ernüchternde Praxis gegenüber. Insbesondere hinsichtlich der Fortbildung von Lehrkräften müsse noch mehr getan werden. Er fragt, wie zukünftig mit Dyskalkulie umgegangen werden soll. <u>Herr Fries</u> bemerkt, dass das diagnostische Vorgehen und die Zusammenarbeit mit Soziales weiter konkretisiert werden müssen. <u>Frau Böschen</u> möchte wissen, wie lange die Benotung ausgesetzt werden soll. <u>Frau Ubben</u> sagt, dass es vereinzelt Pädagogen gäbe, denen der Umgang mit LRS noch fremd sei, um hier Abhilfe zu schaffen, sei

nun LRS ein Pflichtthema in Förder- und Jahrgangskonferenzen. Herr Henschen erläutert, dass der Zeitraum zur Aussetzung der Benotung im Einzelfall zu klären sei. Grundsätzlich müsse zunächst die Fördermaßnahme greifen, bei der Überprüfung des weiteren Förderbedarfs müsse dann auch die Aussetzung der Benotung überprüft werden. Für die Umsetzung des LRS-Erlasses sei in der Stadtgemeinde Bremen die der Deputation bekannte Rahmenvereinbarung mit dem Senator für Soziales, in Bremerhaven durch den Magistrat eine eigene Regelungen getroffen worden. Zur Dyskalkulie gebe es auf KMK-Ebene keine Vereinbarungen. In Bremen gebe es bezüglich Dyskalkulie jedoch auch in der Beratungsstelle für Sprache, LRS und Mathematik sowie z.T. durch regionale schulische Beratungskräfte Unterstützung. Herr Kuckero (Personalrat Schulen) begrüßt die Einsetzung von Förderbeauftragten an den Schulen, er weist jedoch darauf hin, dass es keine entsprechenden Personalressourcen an den Schulen gebe. Frau Schmidtke fragt, ob die Aussage auf Seite 2 zum letzten Spiegelstrich so zu verstehen sei, dass Eltern die Materialien selber kaufen müssen. Frau Ubben erläutert, dass es Materialien der Schule gäbe, die auch mit nach Hause genommen werden dürfen, zusätzliche eigene Materialien müssen die Eltern aber selber bezahlen. Herr Bürger bemängelt eine zu geringe Beachtung von Dyskalkulie und bittet daher um einen Bericht zu diesem Thema in den nächsten 4 Monaten. Staatsrat Köttgen sagt dies zu. Frau Stahmann weist auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN zu eben diesem Thema hin.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf des Erlasses "Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben" zur Kenntnis.

TOP 5 Beratungsschwerpunkte der 307. Plenarsitzung der Ständigen Vorlage L 62 Konferenz der Bildungsminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 14./15. Oktober 2004 in Mettlach

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 6 Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen - Wissen-Vorlage L 63 schaftliche Einrichtung der Länder an der Humbold-Universität zu Berlin

Frau Stahmann fragt, ob die Finanzierung der 24.000 Euro gewährleistet sei. Frau Moning bejaht dies.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über den Aufbau des Institutes zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen zur Kenntnis.

Sitzungsprotokoll der 13. Sitzung vom 04.11. 2004	Seite 4
Herr Köhler bittet, den Beschluss des Senats zur Liquiditä Deputation zur Verfügung zu stellen.	åtsplanung vom 5. Oktober 2004 der
Beschluss	
Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.	

Protokollantin

Sprecherin

Senator